

„Die Datensicherheit muss an oberster Stelle stehen“

Dr. Wolfgang Heubisch über die Digitalisierung des Gesundheitswesens

Dass die über 50 000 deutschen Arzt- und Zahnarztpraxen bis zum 31. Dezember 2018 an die Infrastruktur der gematik angeschlossen sein werden, glauben mittlerweile auch die optimistischsten Experten nicht mehr. Doch selbst nach Abschluss der Stufe 1 des „Online-Rollouts“ (ORS 1) bleiben viele Fragen zur Digitalisierung des Gesundheitswesens offen. Wir sprachen mit Dr. Wolfgang Heubisch darüber, was er nun von der Gesundheitspolitik erwartet.

BZB: Die Kosten für den Aufbau der gematik-Infrastruktur werden auf bis zu 14 Milliarden Euro geschätzt. Ist dieses Geld gut angelegt?

Heubisch: Darüber gehen die Meinungen auseinander. Klar ist, dass wir bei der Digitalisierung und Vernetzung unseres Gesundheitswesens unbedingt Fortschritte machen müssen. Ob es klug war, damit die gematik zu beauftragen, das steht auf einem anderen Blatt. Der Spitzenverband der Krankenkassen (GKV-Spitzenverband) finanziert diese Gesellschaft zu 100 Prozent. Entsprechend groß ist der Einfluss der Kassen. Gleichzeitig sitzen die Vertreter der Selbstverwaltung des Gesundheitswesens mit am Tisch. In der Vergangenheit haben sich die Gesellschaften immer wieder gegenseitig blockiert und das Projekt verzögert. In anderen Ländern ist man deshalb deutlich weiter in Sachen Digitalisierung als in Deutschland.

BZB: Welche Vorteile versprechen Sie sich von der Digitalisierung?

Heubisch: Ich glaube schon, dass die Digitalisierung, wenn sie funktioniert, zu erheblichen Einsparungen und zu einer Verbesserung der Versorgung führen kann. Es ist einfach nicht mehr zeitgemäß, dass man mit einem großen Umschlag unterm Arm vom Radiologen zum Orthopäden läuft. Die Speicherung von Medikationen, Blutwerten und anderen Befunden kann Wechselwirkungen und Mehrfachuntersuchungen vermeiden. Aber bis dahin ist es bekanntlich noch ein langer Weg.

BZB: Der „ORS 1“ sieht nur den Abgleich der Versichertenstammdaten vor...



Foto: privat

Dr. Wolfgang Heubisch engagiert sich seit Jahrzehnten in der zahnärztlichen Standespolitik. Er war unter anderem Vizepräsident der Bayerischen Landes Zahnärztekammer und Präsident des Verbands Freier Berufe in Bayern e.V. Der ehemalige Staatsminister moderiert zudem ein Expertengremium, das sich unter anderem mit den Auswirkungen der Digitalisierung auf das Gesundheitssystem beschäftigt.

Heubisch: Genau das ist das Problem. Wir geben Milliarden dafür aus, dass die Praxis beziehungsweise die Krankenkasse beim Einlesen der elektronischen Gesundheitskarte (eGK) überprüfen kann, ob die Adresse des Versicherten noch stimmt. Erst wenn das flächendeckend funktioniert, kann man über eine elektronische Patientenakte nachdenken.

BZB: Bundesgesundheitsminister Jens Spahn will den Ausbau der gematik-Infrastruktur nun beschleunigen und auch den Zugang via Smartphone ermöglichen...

Heubisch: Die Aussagen von Herrn Spahn waren in letzter Zeit leider recht widersprüchlich. Einmal erklärte er die eGK für gescheitert und setzte nur noch auf die Smartphone-Lösung, kurz darauf rüdete er wieder zurück. Das Problem sind die unglaublich langen Entwicklungszeiten. Wir arbeiten heute mit einer Technik aus dem Jahr 2005. Damals gab es noch keine Smartphones. Wer weiß, was in fünf oder zehn Jahren ist? Vielleicht haben wir dann alle eine Smartwatch am Handgelenk oder sogar einen Chip unter der Haut. Die Technik, die wir heute entwickeln, muss zukunftsfest sein. Sonst lassen sich die Milliardeninvestitionen nicht rechtfertigen. Ich gebe auch zu bedenken, dass die deutsche Bevölkerung immer älter wird. Die Pflegebedürftigen im Seniorenheim und deren



Abbildung: santiago silver – stock.adobe.com

„Es ist einfach nicht mehr zeitgemäß, dass man mit einem großen Umschlag unterm Arm vom Radiologen zum Orthopäden läuft“, sagt Heubisch. Die Digitalisierung kann zu erheblichen Einsparungen und zur Verbesserung der Versorgung führen.

Angehörige müssen damit ebenso zurechtkommen wie die Digital Natives. Deshalb wird es wohl viele verschiedene Zugriffsmöglichkeiten für die elektronische Patientenakte und ein analoges Back-up geben müssen.

BZB: In Singapur wurden kürzlich Millionen von Patientenakten gehackt. Kann das auch in Deutschland passieren?

Heubisch: Jeder Experte wird Ihnen sagen, dass kein System zu 100 Prozent sicher ist. Ich habe jedoch schon ein hohes Vertrauen in die Technik, die jetzt zum Einsatz kommt. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik hat die Konnektoren zertifiziert. Sie gelten aus heutiger Sicht als sicher. Wer dem nicht traut, ist mit einer „Stand-alone-Lösung“, also einem Rechner, der nicht an die Praxis-EDV angebunden ist, auf der ganz sicheren Seite. Mir ist aber auch die Patientensouveränität sehr wichtig. Jeder Patient soll selbst entscheiden dürfen, welche Daten er wo speichert. Der „gläserne Patient“ kann nicht das Ziel der Gesundheitspolitik sein. Auch ein Zugriff der Krankenkassen auf die EDV der Arzt- und Zahnarztpraxen muss technisch ausgeschlossen sein.

BZB: Einige gesetzliche Krankenkassen und private Krankenversicherungen sind zuletzt mit eigenen elek-

tronischen Patientenakten vorgeprescht. Was halten Sie davon?

Heubisch: Das ist dem Umstand geschuldet, dass die Gematik einfach zu lange braucht. Die jetzt präsentierten Lösungen sollen aber angeblich mit der Gematik kompatibel sein. Das halte ich für sehr entscheidend. Wenn ein Versicherter beispielsweise die Kasse wechselt, muss er seine Daten mitnehmen oder auch löschen lassen können. Das ist Teil des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung. Das Fernziel muss sowieso ein „Bürgerportal“ sein, das verschiedene digitale Anwendungen zusammenführt. Es kann ja nicht sein, dass man für die Steuerklärung, für die An- und Abmeldung des Wohnsitzes und für die Gesundheit jeweils eigene Netze mit eigenen Zugangsdaten aufbaut. Ein Blick nach Estland oder nach Singapur zeigt, wie eine digitale Verwaltung funktionieren kann. Deutschland hat da noch viel Nachholbedarf, sollte aber von anderen Ländern lernen und noch viel mehr Wert auf die Sicherheit seiner digitalen Infrastruktur legen als diese Pioniere der Digitalisierung. Das Know-how haben wir, aber es braucht auch den politischen Willen.

BZB: Vielen Dank für das Gespräch!

Die Fragen stellte Leo Hofmeier.